

## **Dringlicher Antrag im Nationalrat: SPÖ fordert Maßnahmenpaket gegen die Teuerung**

Zwei im Zuge der Debatte eingebrachte Entschließungsanträge der NEOS, in denen zum einen die Streichung der Elektrizitäts- sowie der Erdgasabgabe und zum anderen die Abschaffung der kalten Progression gefordert wird, fanden keine Mehrheit. Auch ein Vorschlag der FPÖ für ein Maßnahmenpaket für ein Preismonitoring und einen Inflationsstopp blieb in der Minderheit. Leichtfried (SPÖ): Bundesregierung lässt Bevölkerung in stärkster Teuerungswelle seit Jahrzehnten im Stich Im Nationalrat erläuterte Antragsteller Jörg Leichtfried (SPÖ) die Hintergründe des Dringlichen Antrages. Im Vergleich zum Vorjahr seien der wöchentliche Einkauf um 6,8% und der Kauf eines Eigenheims um 10% teurer geworden. Von 2019 auf 2020 seien die monatlichen &hellip;



Zwei im Zuge der Debatte eingebrachte Entschließungsanträge der NEOS, in denen zum einen die Streichung der Elektrizitäts- sowie der Erdgasabgabe und zum anderen die Abschaffung der kalten Progression gefordert wird, fanden keine Mehrheit. Auch ein Vorschlag der FPÖ für ein Maßnahmenpaket für ein

Preismonitoring und einen Inflationsstopp blieb in der Minderheit.

## Leichtfried (SPØ): Bundesregierung læsst Bevølkerung in stærkster Teuerungswelle seit Jahrzehnten im Stich

Im Nationalrat erlæuterte Antragsteller Jørg Leichtfried (SPØ) die Hintergründe des Dringlichen Antrages. Im Vergleich zum Vorjahr seien der wøchentliche Einkauf um 6,8% und der Kauf eines Eigenheims um 10% teurer geworden. Von 2019 auf 2020 seien die monatlichen Mieten um 3% und aufgrund eines steigenden Erdølpreises die Tankkosten um bis zu 50% gestiegen. Zusammen mit einer ungefæhren Verdreifachung der Energiepreise innerhalb eines Jahres seien diese Entwicklungen nicht mehr hinnehmbar.

Die Bundesregierung unternehme laut Leichtfried jedoch nichts dagegen, da ihr besonders von der Teuerung betroffene Bevølkerungsgruppen gleichgøltig seien. Diese mpssten sich mittlerweile øberlegen, ob sie heizen oder Lebensmittel kaufen können. Wæhrenddessen seien die Steuereinnahmen durch die Mehrwertsteuer um ca. 1 Mrd. ø gestiegen, die durch eine Senkung der Unternehmens- und Kørperschaftssteuer den Superreichen in den Rachen geschoben werde.

Die Teuerung habe derzeit ein Ausmaá erreicht, das weit øber normale Preisschwankungen hinausgehe und eine Existenzbedrohung besonders før PensionistInnen, PendlerInnen, Studierende und Arbeitslose darstelle. Da die angekøndigte Einmalzahlung der Regierung zu spæt komme und nicht ausreiche, um den Kaufkraftverlust auszugleichen, fordert die SPØ als Sofortmaánahme die Einføhrung eines Winterzuschusses in der Høhe von 300 ø før Haushalte mit geringem Einkommen.

Auáerdem solle die Pendlerpauschale før kleine und mittlere

Einkommen durch Økologisierung und Umstellung von Steuerfrei- auf Steuerabsetzbetrag erhøht werden. Weiters haben sich laut SPØ die Groáhandelspreise fpr Strom und Gas an den Børsen innerhalb eines Jahres in etwa verdreifacht, weshalb die AntragstellerInnen eine Senkung der Mehrwertsteuer im Bereich Strom und Gas fpr notwendig halten.

## Preisanstieg bei Immobilien

Da sich Immobilien in Krisenzeiten vermehrt zu Spekulationsobjekten entwickelten, werde auch das Wohnen immer weniger leistbar. So seien Hæuserpreise østerreichweit seit 2020 um mehr als 70% gestiegen, wie die SozialdemokratInnen unter Verweis auf die Statistik Austria anfphren. Besonders dramatisch habe sich die Teuerung jedoch seit der COVID-19-Krise entwickelt. Hier liege der Preisanstieg bei Wohnimmobilien bereits vier Quartale in Folge pber 10%, womit die Immobilienpreise den Einkommen davongaloppieren wprden. Auch die Mieten stiegen in den letzten 15 Jahren laut Antrag um 56% an. Die SPØ fordert daher, die Indexierung der Richtwert- und Kategoriemieten mit 1. April 2022 auszusetzen.

Weitere SPØ-Forderungen betreffen die Vorziehung der Pensionserhøhung fpr alle PensionistInnen spætestens ab Mitte 2022 sowie eine jæhrliche Valorisierung des Arbeitslosengeldes. Den derzeitigen Familienzuschuss von 97 Cent pro Tag und anspruchsberechtigter Personen sehen die AntragstellerInnen als læcherlich gering . Dieser mpssse laut Dringlichem Antrag verdreifacht werden. Zur Unterstptzung von Studierenden setzen sich die SozialdemokratInnen fpr eine Valorisierung der Studienførderung um 10% ein.

## Staatssekretærin Plakolm: Groáe Entlastungsschritte bereits gesetzt

In Vertretung des Bundeskanzlers ging Staatssekretærin Claudia

Plakolm auf den an ihn gerichteten Antrag ein. Wie sie ausföhrte, sei Inflation in einem gewissen Rahmen etwas Normales. Die aktuellen Entwicklungen wöprden diesen Rahmen jedoch bei weitem öberschreiten. Dabei handle es sich um globale Vorgænge, die durch Faktoren wie geopolitische Umwælzungen, die nicht in der Hand der österreichischen Bundesregierung liegen, bedingt seien.

Mit der ökosozialen Steuerreform seien bereits umfassende Entlastungsschritte speziell föpr Personen mit kleinen und mittleren Einkommen gesetzt worden. Beispielhaft nannte sie die Senkung der Lohn- und Einkommenssteuer, die Erhöhung des Familienbonus und den regional gestaffelten Klimabonus, die gerade diesen Personengruppen zugutekæmen. Speziell niedrige Pensionen seien seit 2017 öber die Inflationsrate hinaus erhöht worden.

Vom im Dezember beschlossenen Teuerungsausgleich in einer Höhe von insgesamt 300 öwöprden sowohl Arbeitslose als auch Studierende profitieren. Zudem helfe der köprzlich vorgestellte Energiekostenausgleich akut bei der Bewæltigung der aktuellen Preissteigerung in diesem Bereich. Insgesamt seien also bereits zahlreiche Maánahmen ergriffen worden, um die Menschen in der gegenwærtigen Teuerungswelle nicht alleine zu lassen, respmierte Staatssekretærin Plakolm.

## SPØ: Sofortmaánahmen liegen auf dem Tisch

Es sei eine Schande föpr ein wohlhabendes Land wie Österreich, dass sich viele PensionistInnen am Ende des Monats entscheiden müpssten, ob sie essen oder heizen, weil sie sich nicht mehr beides leisten könnten, sagte Pamela Rendi-Wagner (SPØ). Doch auch junge Familien und arbeitende Menschen stöpnen durch die Teuerung unter großem Druck. Weil rasche Hilfe das Wichtigste sei, habe die SPØ bereits im Herbst Lösungen vorgeschlagen. Ein Sofortmaánahmenpaket liege mit dem heutigen Antrag fertig zur Umsetzung am Tisch. Die

Regierung jedoch verspreche nur vieles, handle aber nicht, so Rendi-Wagner. Auch sie kritisierte, dass der Bundeskanzler nicht einmal für diese Debatte ins Parlament gekommen sei.

## ÖVP: Maßnahmen der Regierung können sich sehen lassen

Tanja Graf (ÖVP) sah dies anders. Das Gesamtpaket der Bundesregierung mit dem Teuerungsausgleich, der Aussetzung der Ökostrompauschale, dem Klimabonus, der Senkung der unteren Einkommenssteuersätze und der Erhöhung des Familienbonus könne sich sehen lassen. Ein durchschnittlicher Haushalt werde damit um 250 € entlastet, bei einkommensschwachen Haushalten betrage die Entlastung sogar 550 €. Die von der SPÖ geforderten Maßnahmen können laut Graf den bereits gesetzten Schritten nicht das Wasser reichen. Außerdem habe sich die Regierung entschlossen, jene Menschen zu unterstützen, die besonders darauf angewiesen seien, und das Geld nicht mit der Gießkanne zu verteilen.

ÖVP-Mandatar Wolfgang Gerstl forderte Entlastungen auf allen Ebenen und kritisierte die seiner Meinung nach im Vergleich mit anderen Bundesländern zu hohen Gebührenerhöhungen im SPÖ-geführten Wien. Es sei nicht die Aufgabe der VermieterInnen, die Folgen der Teuerung zu kompensieren, erteilte Johann Singer (ÖVP) der SPÖ-Forderung nach einem weiteren Aussetzen der Indexierung der Richtwert- und Kategoriemieten eine Absage.

**Besuchen Sie uns auf: [fleischundco.at](https://fleischundco.at)**